

Beschluss des Bundesausschusses der Europa-Union  
vom 24.04.2021

---

## **Austauschprogramme mit dem Vereinigten Königreich schaffen**

Die Europa-Union bedauert die Entscheidung der britischen Regierung, sich nach dem Austritt aus der EU nicht mehr am Programm Erasmus+ zu beteiligen. Mit dem Brexit endet auch die Beteiligung am EU-Programm zur Förderung von kommunalen Partnerschaften und Vereinspartnerschaften (bisher „Bürger für Europa“, in der Förderperiode 2021-2027, Teil des Programms „Rechte und Werte“).

Die Europa-Union betrachtet die Austauschmöglichkeiten für die junge Generation über Erasmus+ als wertvollen Beitrag zur Völkerverständigung und zur Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten. Mit dem Ende der britischen Beteiligung haben Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende aus der EU und aus dem Vereinigten Königreich nun keine Möglichkeit mehr, eine Förderung und organisatorische Unterstützung für einen Auslandsaufenthalt in Großbritannien bzw. der EU zu erhalten. Damit wird ein Auslandsaufenthalt in Großbritannien für viele Jugendliche aus der EU unerschwinglich und ist mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden. Auch die junge Generation im Vereinigten Königreich wird es trotz eines angekündigten Stipendienprogramms der britischen Regierung schwerer haben, einen Aufenthalt in der EU zu organisieren. Dabei hatte sich eine überwältigende Mehrheit der Jüngeren für einen Verbleib in der EU eingesetzt. Wir begrüßen, dass für Nordirland eine Sonderregelung getroffen wurde, die eine weitere Teilnahme an Erasmus+ ermöglicht.

Kommunale Partnerschaften und Vereinspartnerschaften sind für die Völkerverständigung sehr wichtig. Mit dem Wegfall der Fördermöglichkeiten durch die EU verlieren viele der bestehenden Partnerschaften mit dem Vereinigten Königreich eine wichtige Finanzierungsquelle. Dabei wäre gerade jetzt eine Verstärkung des Austauschs notwendig.

Die Europa-Union fordert daher:

1. dass sich die europäischen Institutionen, insbesondere die Europäische Kommission, weiter für einen Wiedereintritt des Vereinigten Königreichs in das Programm Erasmus+ einsetzen. Sollte es diesbezüglich keine Bereitschaft seitens des Vereinigten Königreichs in Richtung der EU geben, stellt die EU einen gesonderten Fonds bereit, der denjenigen Personen einen Aufenthalt in Großbritannien ermöglicht, die bereits jetzt die Möglichkeit eines Austausches über das Programm Erasmus+ haben. Die Gesamtkoordination dazu übernimmt die EU-Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA).

2. dass die Annahme des Angebots der Regierungen von Schottland und Wales, über eine bilaterale Vereinbarung weiterhin am Programm Erasmus+ teilzunehmen, umgesetzt wird. Die Kommission wird zu mehr Flexibilität aufgefordert und darf nicht darauf beharren, dass nur Nationalstaaten außerhalb der EU als Partner an Erasmus+ teilnehmen können.
3. dass ein Sonderprogramm für regionale, kommunale Partnerschaften und Vereinspartnerschaften mit dem Vereinigten Königreich geschaffen wird.